

11. IV. 1919

Einigung über die Forderungen der Postangestellten.

Die zwischen der Regierung und der Abordnung der Postangestellten aller Kategorien geführten Verhandlungen über die Dienst- und Lohnverhältnisse dieser Beamten und Arbeitergruppen sind heute abgeschlossen worden und haben zu einer Einigung geführt. Ueber die daraus erwachsende budgetäre Belastung lagen abends noch keine genaueren Berechnungen vor. Es hatte sich nicht nur um Lohnansprüche, sondern auch um Forderungen organisatorischer Art gehandelt, die insbesondere dem technischen Korps eine andere Stellung neben der bisher fast ausschließlich aus dem Stande der Juristen hervorgegangenen Verwaltung gewähren werden.

Ueber den Verlauf, das Ergebnis und die Bedeutung der Verhandlungen berichtet die „Deutsches Österreichische Staatskorrespondenz“: „Durch die Bevorzugung des Militarismus, durch die jahrelange Zurückhaltung aller Beförderungen in der Kriegszeit, durch die zahlreichen Einrückungen, für die mancherlei Provisorien geschaffen werden mußten, und durch andere Umstände waren die Dienstverhältnisse im Post- und Telegraphendienst schon seit geraumer Zeit in arge Verwirrung gekommen. Da infolge der Einrückungen mit vermindertem Bedienstetenstande gearbeitet werden mußte, mußte das Personal Überarbeit leisten. Degreiflicher Weise hatte sich unter diesen Umständen der Beamten und Bediensteten eine wachsende Erregung bemächtigt. Zu diesen allgemeinen Ursachen kam noch die besondere, daß das technische Personal nach alter Praxis sich hinter dem juristischen und dem Kanzleipersonal zurückgelehnt sah. Die im Frontdienst beschäftigt gewesenen technischen Beamten und Arbeiter empfanden diese wirkliche oder vermeintliche Zurücksetzung um so bitterer, als sie in festen Bezügen standen und nicht wie die Beamten und Arbeiter der Privatindustrie durch verhältnismäßige Lohnsteigerungen an der Kriegskonjunktur teilnehmen konnten. Diese Verhältnisse, die im Postdienste vielfach abweichend lagen als in den übrigen staatlichen Dienstzweigen, erheischten auch von dem Augenblicke an eine Neuordnung, als das Postwesen mit dem Eisenbahnwesen im Staatsamte für Verkehrswesen vereinigt wurde, also die Postdienstverhältnisse und die Verhältnisse bei den Eisenbahnen einander angeglichen werden mußten. Zum Träger der Reformbewegung im Personal hat sich die Technische Union entwickelt, und sie verstand es allmählich, alle Kategorien von dem höchsten Beamten bis zu den Landpostbediensteten zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen.

Schon seit längerer Zeit forderte das Personal eine Ordnung des Dienstrechtes und der Dienstbezüge. Die aufgestellten Forderungen umfassen eine Liste von mehreren hundert Punkten, über die schon seit mehreren Tagen zwischen den Vertretern der Organisation und den Staatsämtern für Verkehrswesen und für Finanzen Verhandlungen geführt wurden. Diese Hochverhandlungen haben sich naturgemäß in einzelnen Punkten

überaus schwierig gestaltet und bei einzelnen Forderungen kamen beträchtliche Opfer des Staatsschatzes in Betracht. Die Verhandlungen bewegten sich zwischen den unleugbaren Bedürfnissen des Personals und der ebenso offen unleugbaren Armut des Staates.

Die beiden Verhandlungsparteien wendeten sich zum Schluß an den Staatskanzler Dr. Renner, damit die noch offenen Punkte durch seine schiedsrichterliche Intervention ausgetragen werden. Von Mittwoch 8 Uhr abends bis Donnerstag halb 5 Uhr früh wurde das gesamte Verhandlungsmaterial durchgearbeitet, ohne daß jedoch in allen Punkten eine Einigung erzielt wurde. Die Verhandlungen mußten also neuerlich auf Donnerstag halb 12 Uhr mittags espiert werden. Um 11 Uhr vormittags fand noch eine Kabinettsbesprechung statt, in der von der Staatsregierung die Grenzen dessen, was im äußersten Falle zu leisten wäre, festgesetzt wurde. Um halb 12 Uhr mittags führte Staatssekretär Paul die Schlußverhandlungen.

Diese ergaben dann unter beiderseitigem Entgegenkommen den endgültigen Abschluß. Dieser verursacht dem Staatsschatze wohl beträchtliche Opfer, aber er bringt für den Staat zugleich einen großen Vorteil, nämlich den, daß ein wichtiges Dienstkorps in seiner Gesamtorganisation wieder für die freudige Arbeit gewonnen ist, daß ferner unleugbare Mißstände mit Hilfe der Organisation beseitigt sind und daß damit zugleich auch ein Stück Verwaltungsreform im Post- und Telegraphenwesen vollzogen ist. Nachdem binnen kurzer Zeit auch die Verhandlungen zwischen dem Post- und Telegraphenpersonal und der Staatsgewalt zur glücklichen Austragung gelangt sind, ist zu erwarten, daß unser gesamtes Verkehrsnetz nunmehr in dem Zustand der Beruhigung verharre. Die gesamte Bevölkerung und die Staatsregierung, welche beide um dieses Ziel willen beträchtliche Opfer auf sich genommen haben, dürfen hoffen, daß nun das gesamte Verkehrspersonal die Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft und die Verbesserung unserer Nahrungszufuhr durch pfllichteifrigere Dienstleistung fördern wird.

Im Eisenbahnerheim fand heute abend eine Versammlung von mehr als vierhundert Vertrauensmännern der Post-, Telegraphen- und Telephonbediensteten statt. In derselben berichteten Präsident Zelenka von der Union der Telegraphen- und Telephonbediensteten, Präsident Jankl von der Gewerkschaft der Postbediensteten und Präsident Knopp von der Sektion der Beamten über das Ergebnis ihrer vor 14 Tagen mit dem Staatskanzler Dr. Renner, dem Staatssekretär für Finanzen Schumpeter, dem Staatssekretär für Verkehrswesen Paul und dem Staatssekretär für öffentliche Arbeiten Zerbik im Beisein des Generalpostdirektors Hoheisel und der Fachreferenten geführten Verhandlungen, die heute zum Abschluß gebracht wurden. Nach den Ausführungen der Verhandlungsleiter bemühte sich die Regierung hinsichtlich der mehr als 200 Punkte umfassenden Forderungen zum möglichsten Entgegenkommen. Die Unterhändler erklärten, daß in Anbetracht unserer schwierigen staatsfinanziellen Lage das Ergebnis der Verhandlungen die Bediensteten befriedigen könne. Was jedoch die Forderung nach sofortiger Trennung des Telegraphen- und Telephonwesens von dem gesamten Postwesen anbelange, so wurde von der Regierung darauf verwiesen, daß in Anbetracht der herrschenden Schwierigkeiten diese Forderung nicht mit der verlangten Raschheit durchgeführt werden könne, doch wurde diesbezüglich die Erfüllung derselben binnen kurzer Zeit in bestimmte Aussicht gestellt.

Nach fast vierstündiger Debatte, in der die Vertreter aller Dienstgruppen das Wort ergriffen, wurden die mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen genehmigt und die Verhandlungsleiter beauftragt, noch wegen einiger kleinerer Forderungen mit der Regierung zu verhandeln.

Nach Dankesworten der Vertrauensmänner an die Verhandlungsleiter, wurde die Verhandlung geschlossen. Es tritt somit im Post-, Telegraphen- und Telephondienst keine Störung ein.